



SEITE 2
Schwarz-Gelb redet sich die Armut schön/
Bezahlbare Mieten

SEITE 3
Gleichstellung gelingt nur per Gesetz



SEITE 4/5
Im Interview: SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil

SEITE 6
Privatisierung des Trinkwassers verhindern!



SEITE 7
Zukunftsforum Kreativpakt in München/Mindestlohn macht Fortschritte

SEITE 8
Werkverträge: Schluss mit dem Lohndumping!

GUTE ARBEIT

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 2/2013

Schluss mit der Boni-Abzocke!

Auch in Deutschland brauchen wir eine Debatte über die Höhe von Managergehältern.

Manager, die 100 mal mehr verdienen als ihre Beschäftigten; Bonusregelungen, mit denen zockende Banker ohne eigenes Risiko ein Vielfaches ihres Grundgehalts erhalten – derartige Gehaltsexzesse gehörten hierzulande lange Zeit zur Normalität.

In der Marktwirtschaft gelten sie als notwendig im Kampf um die besten Köpfe. Gleichzeitig werden auch in Deutschland die Armen immer ärmer, selbst die Mittelschicht ist inzwischen bedroht, da sie für Bankenrettungen und Inkompetenz von Spitzenmanagern aufkommen muss.

Doch es regt sich Widerstand gegen die immer höher werdenden Managergehälter. Die EU hat im Februar einen konkreten Vorschlag zur Deckelung von Banker-Boni gemacht. Demnach dürfen Boni für Banker nicht die Summe des Grundgehalts überschreiten. „Ein Schritt in die richtige Richtung“, sagt SPD-Fraktionsvize Joachim Poß.

In der Schweiz haben die Bürger per Volksabstimmung schärfere Regeln bei Managergehältern beschlossen. Die Initiative zielt darauf ab, Exzesse bei Boni, Abfindungen und Gehältern zu unterbinden und die Rechte von Kleinaktionären zu stärken. Über die Höhe von Managervergütungen sollen die Aktionäre künftig jährlich entscheiden.

Ende der Fahnenstange ist erreicht

„Auch wir haben Exzesse“, sagt SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil. „Deshalb müssen wir eine Debatte über die Angemessenheit von Managergehältern führen.“ Es müsse die Frage beantwortet werden, ob es „richtig sein kann, dass der eine mehr als 100 mal so viel verdient wie der andere.“



Während in den letzten Jahren die Durchschnittsgehälter stagnierten, konnten Spitzenmanager aus dem Vollen schöpfen.

Klar ist: Die Menschen wollen die enormen Einkommensunterschiede zwischen Spitzenmanagern und den normalen Arbeitnehmern nicht mehr hinnehmen. „Auch in Deutschland ist das Ende der Fahnenstange bei Managervergütungen längst erreicht“, sagt DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. Sie müssten sich in die allgemeinen Regeln der Gesellschaft einfügen. „Mäßigung statt Gier muss der Maßstab sein.“

Laut ARD-DeutschlandTrend sprechen sich 89 Prozent der Bundesbürger für eine Begrenzung der Manager-Bezüge in Deutschland aus.

„Es gibt keinen überzeugenden sachlichen Grund für exzessiv hohe Managergehälter“, sagt Joachim Poß. Lächerlich sei es, die hohen Bezüge mit dem Argument der Wettbewerbsfähigkeit zu verteidigen. „Viel zu oft haben die

mit hohen Gehältern angelockten Manager gezeigt, dass sie ihr Geld bei Weitem nicht wert sind.“

Die SPD verlangt seit Langem, die Vergütung von Vorständen und die steuerliche Absetzbarkeit von deren Gehältern gesetzlich zu begrenzen. Schon 2009 haben die Sozialdemokraten Vorschläge zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Höchstvergütungen gemacht, die an der CDU/CSU scheiterten.

Heute stehen sie mehr denn je auf der Tagesordnung. Die SPD werde nach gewonnener Bundestagswahl die steuerliche Absetzbarkeit von Vorstandsgehältern, Boni und Abfindungen als Betriebsausgaben begrenzen, verspricht Poß. „Und wir werden Unternehmensleitungen explizit und stärker als bisher auf die Interessen der Anteilseigner, Mitarbeiter und das Wohl der Allgemeinheit verpflichten.“ ■

Das verdienen die Chefs der großen Konzerne

- Martin Winterkorn/Volkswagen: 14,5 Mio
- Dieter Zetsche/Daimler: 8,1 Mio
- Peter Löscher/Siemens: 7,9 Mio
- Wolfgang Reitzle/Linde: 6,9 Mio
- Kaspar Rorsted/Henkel: 6,6 Mio
- Karl-Ludwig Kley/Merck: 5,5 Mio
- Kurt Bock/BASF: 5,1 Mio

Achtung Schwarz-Gelb!

Drei Viertel der Deutschen sind für eine rechtliche Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften. Für CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt zählen solche Zahlen nicht. Die Union habe als Volkspartei die Aufgabe, „der stillen Mehrheit eine Stimme zu geben gegen eine schrille Minderheit.“

Ausnahmsweise lassen wir hier mal einen Fraktionskollegen von Herrn Dobrindt antworten. Jens Spahn (CDU): „Das Gerede von einer schrillen Minderheit, die für sich eine besondere Lebensphilosophie angenommen habe, ist eine intellektuelle Beleidigung.“

Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) ist beim FDP-Parteitag mit Pauken und Trompeten aus dem Präsidium seiner Partei geflogen. Für ihn offenbar inakzeptabel. Mit Blick auf seine Herkunft Baden-Württemberg sagte er: „Manche in der Partei haben offenbar außer Acht gelassen, wo für die FDP Wahlen gewonnen werden.“

Wir meinen: Manche haben offenbar außer Acht gelassen, dass man eine Präsidentswahl auch verlieren kann.

Sozialministerin Ursula von der Leyen versteht die Aufregung um den Armuts- und Reichtumsbericht (siehe Artikel rechts) nicht. Wegen ein paar gestrichener Halbsätze müsse man doch keinen Aufstand machen. Dabei weiß sie selbst offenbar gar nicht, welche Sätze gestrichen wurden. Auf die Frage nach einem bestimmten Satz musste sie zugeben: „Da bin ich überfordert.“

Wir meinen: Wenigstens ehrlich. Aber nicht nur in diesem Fall ist sie überfordert.

Schwarz-Gelb redet sich die Armut schön

Im neuen Armuts- und Reichtumsbericht hat die Bundesregierung entscheidende Passagen gestrichen. Aber: Zahlen lügen nicht.

In Deutschland sind immer mehr Menschen von Armut bedroht – trotz der wirtschaftlich guten Entwicklung und Arbeitslosenzahlen auf dem Tiefststand.

Das geht aus dem neuen Armuts- und Reichtumsbericht hervor, den das Bundeskabinett jetzt verabschiedet hat. Demnach geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Die reichsten zehn Prozent der Haushalte verfügen über 53 Prozent des gesamten Nettovermögens. Die untere Hälfte der Haushalte besitzt dagegen nur gut ein Prozent – im Jahr 2003 waren es noch rund drei Prozent. Die Zahlen sind so eindeutig wie ernüchternd.

Trotzdem sieht die Bundesregierung keinen Handlungsbedarf. Sie scheut sich sogar, die Realitäten konkret zu benennen. Auf Druck von Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) wurden viele entscheidende Aussagen des Berichts geschönt oder ganz gestrichen. In einer ersten Fassung des Berichts hieß es zum Beispiel noch: „Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt.“ – ein Satz, der in der Schlussfassung nicht mehr vorkommt. Kritik an dieser Schönfärberei weist Rösler als „pures Wahlkampfgetöse“



Die Schere zwischen Arm und Reich geht auch in Deutschland weiter auseinander.

zurück. Denn Deutschland gehe es so gut wie noch nie.

Einer Regierung unwürdig

„Mit der Realität hat das nichts mehr zu tun“, sagt SPD-Fraktionsvize Elke Ferner. Die Bundesregierung agiere frei nach dem Motto: Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt. Armut aber lasse sich nicht mit dem Rotstift bekämpfen, sagt Ferner. „Hierfür brauchen wir gesetzgeberische Maßnahmen wie einen allgemeingültigen gesetzlichen Mindestlohn.“ Auch der

DGB kritisiert, dass die Koalition die Niedriglohn- und Armutsrisikoquote als offene Probleme aus dem Berichtsentwurf gestrichen hat. Dabei sei gerade die Entwicklung von Armutslohnen charakteristisch für die Entkopplung der Arbeitslosenzahlen von den Armutszahlen. „Es ist einer Bundesregierung unwürdig, die Armutsprobleme kleinzureden und die Wirklichkeit so zu verbiegen, damit sie in ihr Weltbild passt“, sagt Annelie Bundenbach aus dem DGB-Bundesvorstand. ■

Steigende Mieten: Wer soll das bezahlen?

Bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper. In den vergangenen fünf Jahren hat sich die Zahl der Haushalte, die 40 Prozent und mehr für ihre Miete bezahlen, verdoppelt.

Viele Menschen können sich die steigenden Mieten in den Innenstädten nicht mehr leisten. Sie werden an den Stadtrand gedrängt. Auch Studierende in Universitätsstädten finden kaum noch bezahlbaren Wohnraum. Der Bestand an Sozialwohnungen schrumpft. Die Regierung Merkel und der zuständige Bauminister Ramsauer haben die Probleme seit 2009 ignoriert, und die Situation der Mieter noch verschlechtert. Erst jetzt kündigt Ramsauer – getrieben von den Sozialdemokraten – Gegenmaßnahmen an. „Es ist das dreiste Stück, das derzeit aufgeführt wird“, sagt dazu SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Ramsauer habe es verschlafen, die steigenden

Mieten zu bekämpfen. Außerdem habe Schwarz-Gelb das Programm „Soziale Stadt“ geschliffen und den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld abgeschafft. Der SPD-Fraktionschef fordert ein Mietrecht, das seiner sozialen Funktion wieder gerecht werde und Mietsteigerungen begrenze. „Wir brauchen gute und bezahlbare Wohnungen für ganz normale Leute.“

Vorschläge für bezahlbare Mieten

In ihrem Antrag „Bezahlbare Mieten in Deutschland“ macht die SPD-Fraktion konkrete Vorschläge: Mieten dürfen nur alle vier Jahre um maximal 15 Prozent erhöht werden; bei der Wiedervermietung von Wohnungen darf die vorherige Miete um höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Die mieterfeindlichen Änderungen im Mietrecht von Schwarz-Gelb sollen rückgängig ge-

macht werden. Auch das Mietminderungsrecht soll wieder in der alten Form gelten. Sämtliche Modernisierungsmaßnahmen sollen anstatt zu elf nur noch zu neun Prozent auf die Miete umgelegt werden. Zudem wollen die Sozialdemokraten, dass Maklerkosten nach dem Prinzip „Wer bestellt, der bezahlt“ vom Vermieter getragen werden. Daneben will die SPD-Fraktion die Städtebauförderung mit mindestens 700 Millionen Euro finanzieren. Fraktionschef Steinmeier fordert ein „Bündnis für bezahlbares Wohnen“, an dem sich Bund, Länder, Gemeinden, Wohnungs- und Bauwirtschaft, Gewerkschaften und Sozialverbände beteiligen sollen. Ziel sei ein Maßnahmenbündel für Wohnungsbau, energetische Sanierung, den familien- und altersgerechten Umbau von Häusern und Wohnungen – eingebettet in eine Politik der sozialen Stadt. ■

Gleiche Chancen für Frauen? Nur per Gesetz!

Mit einem Aktionsplan Gleichstellung will die SPD-Fraktion für eine bessere Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen sorgen.

Die SPD-Bundestagsfraktion geht beim Thema Gleichstellung in die Offensive.

Mit einem Aktionsplan hat sie ein gleichstellungspolitisches Gesamtpaket geschnürt, das genau ein Ziel hat: Frauen und Männer müssen über das gesamte Leben hinweg gleiche Chancen auf eine eigenständige Existenzsicherung haben.

Die Bilanz der Bundesregierung ist beim Thema Gleichstellung katastrophal: Schwarz-Gelb hat das Betreuungsgeld eingeführt und die Minijobs ausgeweitet. Pünktlich zum Internationalen Frauentag am 8. März spricht sich Kanzlerin Merkel gegen eine EU-weite Frauenquote in Aufsichtsräten aus. Die Kanzlerin legt Frauen Steine in den Weg. Das Frauen- und Familienbild von CDU und CSU ist überholt.

„Die Zeche für diesen Anachronismus zahlen alle Frauen“, sagt SPD-Fraktionsvize Dagmar Ziegler. Frauen, die Beruf und Familie vereinbaren wollten, genauso wie Frauen, die ihre eigene Existenzsicherung bis ins Alter hinein wünschten. Klar ist: Das Modell vom männlichen Familienernährer passt nicht mehr ins 21. Jahrhundert. Gleichzeitig haben die freiwilligen Selbstverpflichtungen der Wirtschaft versagt. „Dass Frauen am Ende des Erwerbslebens fast 60 Prozent weniger verdienen als Männer,



Gemeinsam für die Gleichstellung: Elke Ferner, Willi Brase, Christel Humme und Caren Marks (von li.) beim Empfang der SPD-Fraktion zum Internationalen Frauentag.

hat strukturelle Gründe“, sagt die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Caren Marks.

Gesetze statt Appelle

Die SPD-Fraktion will bessere Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt. Die eigenständige Existenzsicherung von Frauen und Männern muss das Leitbild für die Gleichstellungspolitik sein. Dafür müssen Staat und Gesellschaft die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. „Das ist nur über Gesetze erreichbar“, sagt Caren Marks, „und nicht über schwarz-gelbe Appelle.“

Die SPD-Fraktion hat mehrere Gesetzesentwürfe vorgelegt. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Begrenzung von Minijobs, die Frauenquote in Aufsichtsräten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – das sind nur einige der Punkte, die die Sozialdemokraten mit ihrem Aktionsplan Gleichstellung durchsetzen wollen.

„Im September haben Frauen die Wahl“, sagt Dagmar Ziegler. Moderne und wirkungsvolle Gleichstellungspolitik mit Peer Steinbrück und der SPD – oder Stillstand, den Bundeskanzlerin Merkel und Ministerin Schröder zu ihrem Markenzeichen gemacht haben. ■

Merkel verschläft die Energiewende

Am 11. März jährte sich die Atomkatastrophe von Fukushima zum zweiten Mal.

Nach der Katastrophe hatte der Bundestag einstimmig den erneuten Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Das Engagement der Bundesregierung für eine Versorgung ohne Atomenergie ist jedoch bis heute mangelhaft. Die SPD-Fraktion hat die Bundesregierung mit einem Antrag aufgefordert, am Atomausstieg festzuhalten. Bis dahin müssten die Sicherheitsanforderungen für Atomkraftwerke überprüft werden. Zudem zeigt sich Schwarz-Gelb bei der Organisation der Energiewende insgesamt überfordert. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien stockt ebenso wie der dringend benötigte Netzausbau. Gleichzeitig steigt der Strompreis

– obwohl die Regierung Merkel Gegenteiliges versprochen hatte. Der zuständige Umweltminister Peter Altmaier (CDU) fällt vor allem durch Ankündigungen auf, wenn er sich nicht gerade Kompetenzstreitigkeiten mit Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) liefert. Konzept Fehlanzeige.

„Die Regierung hat keine einheitliche Sprache bei zentralen Fragen der Energie- und Klimapolitik“, kritisiert Matthias Miersch, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Mit der Unsicherheit werde das Vertrauen in bestehende Projekte zerstört.

Wenn die Kritik mal wieder zu laut wird, lädt die Bundeskanzlerin zu einem Energiegipfel ins Kanzleramt. Diese Alibi-Treffen zeigten, dass die Bundesregierung offensichtlich nicht mehr

die Kraft dazu hat, die großen Fragen der Energiepolitik vor der Bundestagswahl zu klären, sagt SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil.

Die SPD-Fraktion fordert seit Jahren einen Masterplan für die Energiewende. Dazu gehört ein neuer Ordnungsrahmen für den Strommarkt, der den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreibt. Außerdem eine bessere Abstimmung zwischen dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und dem Netzausbau. „Durch den Zick-Zack-Kurs der Merkel-Regierung haben wir in dieser Legislaturperiode wertvolle Zeit für die Energiewende verloren“, sagt Hubertus Heil. Die SPD werde nach einem Regierungswechsel mit aller Kraft daran arbeiten, dass die Energiewende gelingt. ■

Editorial



von Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

über drei Jahre lang hat die Regierung Merkel nichts getan um wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. Keine Maßnahmen gegen den Missbrauch der Leiharbeit, kein Gesetz zu Tarifeinheit, kein ernsthafter Versuch zur Einführung eines echten flächendeckenden Mindestlohns. Das ist schon ein erbärmliches Zeugnis. Aber die schwarz-gelbe Bundesregierung hat auch nichts unternommen, um sich gegen den drohenden Fachkräftemangel zu stemmen. Sie macht Politik ohne Morgen.

Wenn im vergangenen Jahrzehnt die hohe Arbeitslosigkeit Bedrohung für Wachstum, Sozialstaat und am Ende das Glück der Menschen war, dann ist es im nächsten Jahrzehnt absehbar das Gegenteil. Wenn wir nicht handeln, wird das zentrale Problem der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften sein. Um dies zu verhindern, muss man zwei gegensätzliche Ziele in Einklang bringen: die Konsolidierung der Haushalte bei gleichzeitig wachsenden Investitionen in Bildung und Ausbildung. Wir dürfen keinen jungen Menschen am Wegesrand zurücklassen und müssen die Zahl der Schulabbrecher drastisch reduzieren, jeder muss mindestens eine Berufsausbildung absolvieren können und insbesondere die Kinder von Zuwanderern müssen besser integriert und gefördert werden. Wir Sozialdemokraten stellen uns den Herausforderungen der neuen Zeit. Mit unserem Regierungsprogramm sind wir dafür, wie ich finde, bestens aufgestellt. Wir wollen nicht nur den Mindestlohn, eine Stärkung der Tariflöhne und die Tarifeinheit. Wir geben auch Antworten auf die Herausforderungen von morgen. Damit es unseren Kindern einmal besser geht. ■



Für Hubertus Heil ist eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Vernunft.

»Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Erfolg sind zwei Seiten einer Medaille«

Die SPD macht Politik für das Gemeinwohl, sagt Hubertus Heil. Im Interview fordert der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt und erklärt, warum ein Mindestlohn der Wirtschaft nicht schadet.

Deutschland ist im Moment so etwas wie der starke Mann Europas. Arbeitsmarkt und Wirtschaft stehen gut da. Fällt es da schwer, Oppositionspolitik zu machen?

Es fällt überhaupt nicht schwer. Tatsache ist: Wir sind bisher besser durch die Krise gekommen als andere Länder in Europa. Das hat einen Grund. Wir sind nach wie vor eine Industrienation mit einer breiten Wertschöpfungskette im produzierenden Gewerbe, von den großen Unternehmen bis hin zum industriellen Mittelstand. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Vor zwanzig Jahren hat man uns geraten, allein auf Finanzdienstleistungen zu setzen. Die-

„Die Bundesregierung ist gerade dabei, unseren Vorsprung zu verspielen“

sen Weg sind wir Gott sei Dank nicht gegangen. Gleichzeitig müssen wir aber jetzt etwas dafür tun, damit wir stark bleiben. Vor allem muss Deutschland ein Land sein, indem alle am Wohlstand teilhaben können. Der Unterschied zwischen uns und der politischen Konkurrenz ist,

dass die SPD soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg als zwei Seiten der selben Medaille sieht, die man nicht gegeneinander ausspielen darf.

Philipp Rösler sagt, dass es Deutschland noch nie so gut ging wie heute. Gibt es da überhaupt noch Handlungsbedarf für die Politik?

Die Bundesregierung ist gerade dabei, unseren Vorsprung wieder zu verspielen. Wir haben große Aufgaben vor uns, zum Beispiel am Arbeitsmarkt. Uns droht ein tief gespaltener Arbeitsmarkt. Auf der einen Seite suchen Unternehmen händeringend nach qualifizierten Fachkräften. Auf der anderen Seite

sind nach wie vor viel zu viele Menschen in unsicherer Beschäftigung oder in der Langzeitarbeitslosigkeit abgehängt. Wir müssen eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt schaffen, damit gute Arbeit in diesem Land die Regel wird. Die neue Ordnung am Arbeitsmarkt ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, aber nicht nur. Es geht da-

„Die Zeitarbeit ist zum Einfallstor für Lohndrückerei geworden“

bei auch um fairen Wettbewerb zwischen Unternehmen.

Wie schafft man diese neue Ordnung am Arbeitsmarkt?

Dazu gehört der gesetzliche Mindestlohn. Außerdem müssen wir dafür sorgen, dass der Missbrauch von Leih- und Zeitarbeit aufhört, mit dem Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Worin besteht das Problem bei der Zeitarbeit?

Es geht bei diesem Thema immer um Flexibilität und Sicherheit. Die Zeitarbeit ist eingeführt worden, um Auftragsspitzen von Unternehmen abzudecken, das ist auch in Ordnung so. Aber sie ist zum Einfallstor für Lohndrückerei geworden und führt dazu, dass viele Menschen nicht mehr von ihrer Arbeit leben können.

Vor allem Wirtschaftsverbände warnen immer vor den wirtschaftlichen Folgen eines flächendeckenden Mindestlohns. Wie wirtschaftsfeindlich ist der Mindestlohn?

Das ist Unsinn! Ich kenne viele Unternehmer, die für den Mindestlohn sind, weil sie ihre Beschäftigten anständig bezahlen wollen, derzeit aber unter Dumping-Konkurrenz zu leiden haben. Es scheint so zu sein, dass einzelne Ver-

„Ich kenne viele Unternehmer, die für den Mindestlohn sind“

bände Klientelinteressen mit einer vernünftigen Wirtschaftspolitik verwechseln. Wenn man aber direkt mit den Unternehmen spricht, bekommt man ein ganz anderes Bild: Unternehmen machen sich Sorgen, ob sie angesichts der veränderten Altersstruktur am Arbeitsmarkt in Zukunft noch qualifizierte Fachkräfte bekommen. Sie sorgen sich um eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Sie brauchen Planungs- und Investitionssicherheit. Da hat die SPD viel zu bieten, und das unterscheidet uns von der Klientelpolitik auf der anderen Seite. Die SPD ist die Kraft, die wirtschaftlichen Erfolg und soziale Gerechtigkeit zusammenfügen kann. Das wissen viele Menschen in der Wirtschaft, einge in den Verbänden noch nicht.

„Die SPD ist die Kraft, die wirtschaftlichen Erfolg und soziale Gerechtigkeit zusammenfügen kann“

Trotzdem scheint es so, als gäbe es in der Wirtschaftspolitik nur zwei Alternativen: Entweder macht man Politik für Arbeitgeber oder man macht Politik für Arbeitnehmer. Für wen macht die SPD Politik?

Wir machen Politik für das Gemeinwohl. Wir achten darauf, dass unsere Volkswirtschaft erfolgreich bleibt. Deutschland ist exportstark, und wir müssen und wollen wettbewerbsfähig sein. Allerdings werden wir international nicht mit den niedrigsten Löhnen konkurrieren können, sondern nur mit den besten Produkten und Dienstleistungen. Deshalb brauchen wir eine Politik, die auf Qualifikation und Innovation setzt, die den Strukturwandel auch gestaltet.

Was den Binnenmarkt angeht sind wir zu schwach aufgestellt. Es gibt eine Fülle von sozialen Dienstleistungen, im Bereich Erziehung, Gesundheit oder Pflege, die großes Beschäftigungspotenzial bieten. Das sind Arbeitsplätze, die nicht in der internationalen Konkurrenz stehen. Für die brauchen wir nicht nur eine größere Wertschätzung, sondern am Ende des Tages auch eine bessere Bezahlung. Um es in der Fußballsprache zu sagen: Wir brauchen nicht nur starke Auswärtsspiele, sondern wir brauchen auch starke Heimspiele, um erfolgreich zu sein.

„Wir werden international nicht mit den niedrigsten Löhnen konkurrieren können, sondern nur mit den besten Produkten“

Was macht eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik aus?

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik sorgt dafür, dass Menschen in Arbeit kommen. Sie sorgt aber auch dafür, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Wir setzen auf Bildung, auf Forschung, auf Infrastruktur und darauf, dass es Wohlstand nicht nur für wenige, sondern für Alle gibt.

Worin liegen die größten wirtschaftspolitischen Herausforderungen in den kommenden Jahren?

Vier Dinge werden die wirtschaftliche Struktur in diesem Land verändern: Zum einen der demografische Wandel, der auch am Arbeitsmarkt ankommt. Stichwort Fachkräftesicherung. Zweitens geht es um die Frage, wie wir mit dem technischen Fortschritt umgehen, mit dem Trend, dass unsere Wirtschaft stärker wissensbasiert sein wird. Das dritte große Thema ist und bleibt die Internationalisierung. Das bedeutet auch, dass wir einen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte schaffen. Die Finanzmärkte müssen wieder ihre dienende Funktion wahrnehmen, deshalb darf die Realwirtschaft kein Dienstleister für die Finanzindustrie sein.

Der vierte große Punkt ist das Gelingen der Energiewende. Aus der Energiewende muss wieder eine industrielle Chance für Deutschland werden. Durch die Unfähigkeit der Merkel-Regierung entwickelt sie sich derzeit zu einem ökonomischen und sozialen Risiko. Angesichts von Rohstoffknappheit und wachsendem Energiehunger auf der Welt müssen wir unsere Chancen als Ausrüster bei Erneuerbaren Energien nutzen. Dafür müssen wir aber bei uns selbst die Energiewende hinbekommen und darauf achten, dass Energie bezahlbar bleibt.

Welche Rolle spielt dabei der Staat?

Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, das ist auch im Interesse des wirtschaftlichen Erfolges. Da krankt es derzeit in vielen Bereichen. Wir haben nach wie vor eine hohe Staatsverschuldung, die müssen wir abbauen. Gleichzeitig müssen wir aber mehr in Bildung und Infrastruktur investieren. Das geht nicht mit Klientelsteuerepolitik, wie Schwarz-Gelb sie macht.

Sondern?

Vor allen Dingen müssen Städte und Gemeinden handlungsfähig sein. Derzeit verrottet die öffentliche Infrastruktur, wir erleben das schmerzhaft im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, wo mehr in den Erhalt von Straßen investiert werden muss. Da muss die Politik auch sagen, wo das Geld herkommen soll. Daher sind maßvolle Steuererhöhungen, auch für Spitzenverdiener, verantwortlich und richtig.

Die SPD-Fraktion hat mit ihrem Projekt Zukunft ein Bild von Deutsch-

land im Jahr 2020 beschrieben. Was ist Deine Vision für das Jahr 2020?

Wenn wir die Weichen richtig stellen, kann Deutschland erfolgreich bleiben. Dann kommen mehr Menschen in Arbeit und können von ihrer Arbeit leben. Dann hängen Bildungschancen nicht vom Geldbeutel der Eltern ab. Dann zählen in diesem Land wirklich Talent und Leistung und nicht die Herkunft.

„Aus der Energiewende muss wieder eine industrielle Chance werden“

Zur Person

Hubertus Heil (40) ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Er ist seit 1998 Mitglied des Bundestages und hat seitdem stets das Direktmandat in seinem Wahlkreis Gifhorn/Peine gewonnen. Als Fraktionsvize ist der Politikwissenschaftler vor allem zuständig für die Themen Wirtschaft und Arbeit. Von 2005 bis 2009 war Heil zudem SPD-Generalsekretär.



Hubertus Heil will, dass mehr Menschen in Arbeit kommen und auch davon leben können.

Meldungen

Schäuble schröpft die Versicherten

Zum 1. Januar 2011 hatte Schwarz-Gelb die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenkassen um 0,6 Punkte erhöht. Dadurch fließen bis Ende 2013 mehr als 18 Milliarden Euro zusätzlich in den Gesundheitsfonds. Die Überschüsse sind das Geld von Rentnerinnen und Rentnern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, und deren Arbeitgebern. Anstatt die Beiträge den Beitragszahlenden zurückzugeben, kürzt Bundesfinanzminister Schäuble nun den Bundeszuschuss zum Gesundheitsfonds um 3,5 Milliarden Euro.

„Zuerst belastet die Regierung völlig unnötig die gesetzlich Versicherten und ihre Arbeitgeber, und dann greift sie völlig schamlos in die Sozialversicherungskassen, um den Haushalt aufzupolieren“, sagt SPD-Fraktionsvize Elke Ferner. Damit würden alleine die gesetzlich Versicherten über zu hohe Beiträge zur Haushaltskonsolidierung herangezogen, die neun Millionen privat Versicherten bleiben außen vor. „Das passt zur schwarz-gelben Klientelpolitik.“ ■

Endlich richtige Gleichstellung

Der Staat diskriminiert gleichgeschlechtliche Paare immer noch aufgrund ihrer sexuellen Identität. Seit Jahren kämpft die SPD-Fraktion für die vollständige Gleichstellung homosexueller Partnerschaften. Auch das Bundesverfassungsgericht hat die Rechte homosexueller Paare mehrmals gestärkt – und wird dafür von Unionspolitikern kritisiert. „Es ist empörend, was sich in Sachen Gleichstellung von homosexuellen Paaren innerhalb der Union abspielt“ sagt der Beauftragte der SPD-Fraktion für die Belange von Lesben und Schwulen Johannes Kahrs. Für ihn ist klar: „Wenn Angela Merkel das ekelhafte und würdelose Schauspiel in ihrer Partei beenden will, dann muss sie jetzt handeln.“ Die Sozialdemokraten tun genau das: In einem gemeinsamen Gesetzentwurf mit Bündnis 90/Die Grünen fordern sie, dass auch gleichgeschlechtliche Personen eine Ehe eingehen können. ■

Trinkwasser ist bei Kommunen in guten Händen

Die SPD-Bundestagsfraktion wehrt sich gegen die Pläne der EU-Kommission, den Trinkwassermarkt zu liberalisieren.

Die EU-Kommission will die öffentliche Wasserversorgung liberalisieren: Künftig sollen die Behörden bei der Auftragsvergabe vor allem nach wirtschaftlichen Kriterien entscheiden. Dies würde privaten Anbietern den Zugang zum milliarden schweren Wassermarkt erleichtern.

Wasser aber ist ein lebensnotwendiges Gut. Eine qualitativ hochwertige und bezahlbare Wasserversorgung muss ein zentrales Ziel der Politik sein. In einer Stellungnahme an die Bundesregierung haben die Sozialdemokraten deshalb erneut Ihre Bedenken gegen den Richtlinienentwurf der EU-Kommission deutlich gemacht. Auch wenn der Entwurf keine Privatisierungen vorschreibt, würde sich der Druck zu Privatisierungen bei den Kommunen massiv erhöhen.

Die SPD-Fraktion fordert, öffentliche Träger der Wasserversorgung, wie Stadtwerke oder kommunale Zweckverbände, aus dem Anwendungsbereich der EU-Richtlinie herauszunehmen. „Es bringt keinen Nutzen, gute und bezahlbare öffentliche Wasserversorgung dem Wettbewerb zu unterwerfen“, heißt es in dem Antrag. Vielmehr sei zu befürchten, dass das Gewinnstreben durch zunehmende Privatisierungen in der Wasserversorgung zulasten der Qualität gehe.



Die Politik muss für eine gute und bezahlbare Trinkwasserversorgung sorgen.

Auch in der EU-Bevölkerung regt sich Widerstand gegen die Richtlinie. Die europäische Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ hat inzwischen über 1,2 Millionen Stimmen gesammelt. Dennoch sieht die schwarz-gelbe Bundesregierung keinen Grund zum Handeln, im Gegenteil: Sie hat im Europäischen Rat dem Vorschlag der Kommission zugestimmt und nimmt billigend in Kauf, dass die hochwertige und bezahlbare Wasserversorgung in Deutschland gefährdet wird.

„Es ist eine Unverschämtheit wie sich die Bundesregierung – allen voran

Kanzlerin Merkel – bei den Beratungen zur Konzessionsrichtlinie in Brüssel über deutsche Interessen und die mehrfach über alle Fraktionsgrenzen geäußerten Bedenken hinweggesetzt hat“, kritisiert der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Wolfgang Tiefensee. Er fordert die Bundesregierung auf, in Brüssel nachzuverhandeln. Sie müsse sich endlich dafür einsetzen, dass die Kommunen auch in Zukunft eigenverantwortlich Leistungen der Daseinsvorsorge in hoher Qualität für die Bürgerinnen und Bürger erbringen können. ■

Lebensmittelskandal: Aigner knickt erneut ein

Pferdefleisch- und Hühnerfleisch-Skandal zeigen: Die Bundesregierung kann die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht vor Lebensmittelkandalen schützen.

Stattdessen zeigt sich auch bei diesen Skandalen ein bekanntes Muster: Die zuständige Verbraucherministerin Aigner legt einen „Nationalen Aktionsplan“ vor, der plötzlich Maßnahmen fordert, die die Bundesregierung noch vor kurzem abgelehnt hat.

Eilig hat Schwarz-Gelb im Bundestag eine Neuregelung des Lebensmittelgesetzes beschlossen, angeblich um Verbraucher künftig besser zu informieren. Die Neuregelung besteht aber nur darin, dass ein Absatz nahezu wörtlich wieder in das Gesetz aufgenommen wurde, der bis August 2012

bereits dort stand. Die entscheidenden Hürden im Gesetz hat Ministerin Aigner nicht beseitigt. Denn auch künftig werden Behörden bei Betrügereien die Namen von Pferdefleischprodukten oder Hühnerbaronen nicht ohne Weiteres nennen dürfen.

Betrüger-Schutz-Gesetz

„Anstatt ein klares und praktikables Gesetz vorzulegen, lässt Frau Aigner die Behörden vor Ort mit komplizierten Regelungen, Abwägungsklauseln und unbestimmten Rechtsbegriffen allein“, erklärt die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Elvira Drobinski-Weiß.

Auch Verbraucherschützer kritisieren die Bundesregierung scharf: „Die Koalition hat ein echtes Betrüger-Schutz-

Gesetz beschlossen und erdreistet sich, dies auch noch als Verbesserung der Verbraucherinformation zu verkaufen“, sagt Matthias Wolfschmidt, stellvertretender Geschäftsführer der Verbraucherorganisation foodwatch. Er wirft der Regierung vor, mit dem Gesetz selbst Etikettenschwindel zu betreiben. Für die SPD-Fraktion ist klar: Frau Aigner ist wieder vor der Lebensmittellobby eingeknickt und verhindert so einen transparenten Umgang mit Lebensmittelkandalen. Sie versucht lediglich die Öffentlichkeit zu beruhigen. „Wir fordern eine vollständige Offenlegung von behördlichen Untersuchungsergebnissen. Nur wenn Täuscher und Betrüger Angst haben, öffentlich genannt zu werden, wird sich etwas ändern“, sagt Drobinski-Weiß. ■

Meldungen

Sexismus-Debatte

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die sogenannte „Aufschrei-Debatte“ zum Anlass genommen, um einen breiten Dialog über das Thema Sexismus anzustoßen. Auf zwei Veranstaltungen diskutierten Vertreter der Fraktion mit Fachleuten aus Gewerkschaften, Medien und der Öffentlichkeit. „Sexismus gedeiht besonders gut in hierarchischen Strukturen“, sagte die frauenpolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Caren Marks. Er prägte deshalb den Berufsalltag vieler Frauen, wo Macht und Einkommen zwischen den Geschlechtern besonders ungerecht verteilt sind. Den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehe es darum, Macht, Vermögen und Einkommen geschlechtergerecht zu verteilen. ■

Rechte älterer Menschen stärken

Die Menschenrechte älterer Menschen sind bisher nicht in einer internationalen Konvention verankert. Dabei sind ältere Menschen besonders schutzbedürftig. Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung mit einem Antrag auf, sich auf internationaler Ebene für die Stärkung der Menschenrechte älterer Menschen einzusetzen. Dazu gehört, dass sich Deutschland im UN-Menschenrechtsrat für eine UN-Konvention über die Bedürfnisse älterer Menschen sowie die Einsetzung eines UN-Sonderberichterstatters einsetzt. Auch national müsse Altendiskriminierung effektiver bekämpft werden. ■



Frank-Walter Steinmeier, Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, Isabell Zacharias, Christian Ude, Hans-Jochen Vogel und Siegmund Ehrmann (von rechts) beim Zukunftsforum in München, einer gemeinsamen Veranstaltung der SPD-Fraktionen im Bundestag und bayerischen Landtag.



Ein Pakt für die Kreativwirtschaft

Die SPD-Fraktion führt den Dialog mit der Kreativwirtschaft in den Regionen weiter und bringt die Ergebnisse in den Bundestag.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein wichtiger Beschäftigungs- und Wachstumstreiber. Rund eine Millionen Menschen sind hierzulande in der Branche beschäftigt und erzielen einen jährlichen Umsatz von ca. 137 Milliarden Euro. Im Zuge ihres Projekts Zukunft hat die SPD-Fraktion den Kreativpakt ins Leben gerufen – ein Bündnis aus Wirtschaft, Künstlern und Kreativen. Gemeinsam sollen sie gute Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung in der Branche erarbeiten. Dazu gehören zum Beispiel auch Fragen des Urheberrechts und Angebote für Kreative, um die Unabhängigkeit und Flexibilität mit sozialer Sicherheit in Einklang zu bringen.

„Eine Gesellschaft, die Kunst und Kultur nicht wertschätzt, ist sich selbst nichts

wert“, sagt SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier.

Ziel: Konkrete Lösungen

Den Dialog mit den Kreativen will die SPD-Fraktion weiter vertiefen und Sprachrohr und Ansprechpartner gleichermaßen für sie sein. Nicht nur in Berlin, sondern auch vor Ort in den Regionen. Anfang März diskutierten die Sozialdemokraten auf ihrem Zukunftsforum in München über die Zukunft der Branche, die schon heute in Bayern eine große Rolle spielt. Allein die Metropolregion München erwirtschaftet 14,4 Prozent des Umsatzes der gesamtdeutschen Kultur- und Kreativwirtschaft. Ziel des Kreativpaktes sei es, konkrete Lösungen zu finden, die auch tauglich für die Gesetzgebung sind,

sagte Frank-Walter Steinmeier in München. „Immer auf der Grundlage, dass künstlerische Arbeit auch im Internet bezahlt werden muss.“

Schon Ende Februar hat die SPD-Fraktion deshalb ihren Antrag „Projekt Zukunft – Deutschland 2020 – ein Pakt für die Kreativwirtschaft“ in den Bundestag eingebracht. Darin fordert sie dazu auf, die Chancen und Potenziale dieser dynamisch wachsenden Branche zu fördern und nicht – wie die aktuelle Bundesregierung – zu verspielen. Dabei gehe es nicht um die Verteilung von Goodies, mal 1 Million Euro für einen Film, sagt Frank-Walter Steinmeier. „Es geht um die Veränderung von Strukturen.“ ■

Mehr unter:

www.spdfraktion/kreativpakt

Dank Bundesrat: Der Mindestlohn macht Fortschritte

Endlich tut sich was in Sachen Mindestlohn. Die Sozialdemokraten haben seit der gewonnenen Wahl in Niedersachsen gemeinsam mit den Grünen eine Gestaltungsmehrheit im Bundesrat – und wissen sie zu nutzen.

Das erste Ergebnis: Der Bundesrat hat am 1. März einer rot-grünen Initiative zur Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns zugestimmt. Insgesamt acht Bundesländer, darunter auch das von einer großen Koalition regierte Saarland, haben den Vorstoß unterstützt. Nur die von Union

und FDP regierten Länder stimmten geschlossen dagegen. Der Beschluss erhöht den Druck auf die schwarz-gelbe Bundesregierung, den Weg zu einem Mindestlohn endlich frei zu machen.

Politikwechsel ist möglich

„Mit Merkel steckt Deutschland im Tiefschlaf – auch in der Arbeitsmarktpolitik. Nichts bewegt sich“, sagt SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Der Beschluss des Bundesrates zeige dagegen, wie schnell und einfach der Politikwechsel möglich ist, sobald Rot-Grün das Ruder übernimmt.

Auch die Bevölkerung wissen die Sozialdemokraten hinter sich. Drei Viertel der Bundesbürger befürworten die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns. „Mindestlöhne sind eine Frage der Gerechtigkeit“, sagt die arbeitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme. Es sei schlicht nicht akzeptabel, wenn jemand trotz Vollzeitarbeit nicht genug zum Leben habe und seinen Lohn mit Hartz-IV aufstocken müsse.

Der Gesetzentwurf sieht eine deutschlandweite Lohnuntergrenze von mindestens 8,50 Euro vor. Eine zu je einem

Drittel von Vertretern der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und der Wissenschaft gebildete Kommission soll die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns jedes Jahr neu festsetzen. Damit handelt es sich nicht um einen politisch festgelegten Mindestlohn, sondern um eine Entscheidung der paritätisch besetzten Kommission. Festgelegt würde nur eine untere Grenze von 8,50 Euro – darunter geht nichts. „Unser SPD-Mindestlohn von 8,50 Euro ist so berechnet, dass eine alleinstehende Vollzeitkraft davon ohne zusätzliche Hilfe leben kann“, sagt Anette Kramme. ■

Vorgestellt



Angelika Graf

Ein Leben ohne politisches Engagement ist für Angelika Graf undenkbar. Seit 1977 engagiert sich die studierte Physikerin in der SPD, seit 1994 ist sie Mitglied des Bundestages. Hier sitzt sie für die SPD-Fraktion im Ausschuss für Gesundheit. „Gesundheit und Pflege dürfen nicht zur Privatsache erklärt werden, wie es Schwarz-Gelb mit Kopfpauschalen und dem "Pflege-Bahr" will.“ Als Drogenbeauftragte der SPD-Fraktion setzt sie sich dafür ein, Drogenmissbrauch möglichst von vornherein durch gute Präventionsarbeit zu verhindern. „Aber auch Drogenabhängige dürfen von der Gesellschaft nicht stigmatisiert und sich selbst überlassen werden.“ ■



Carsten Schneider

Carsten Schneider ist 1998 als damals jüngster Abgeordneter in den Bundestag eingezogen. Mittlerweile gehört der Erfurter trotz seines jungen Alters (37) schon zu den erfahrenen Fraktionsmitgliedern. Politik müsse vor allem gleiche Lebenschancen für alle schaffen, sagt Schneider. „Immer noch hängen in Deutschland die individuellen Zukunftsaussichten zu stark von der sozialen Herkunft ab.“ Um das zu ändern brauche es einen handlungsfähigen Staat mit soliden Finanzen. Als Haushaltspolitiker Sprecher der SPD-Fraktion kämpft er für eine langfristig angelegte Haushaltspolitik und den Abbau der Neuverschuldung. ■

Werkverträge: Schluss mit dem Lohndumping!

Die SPD-Fraktion will die Rechte der Arbeitnehmer stärken.

// Die Sozialdemokraten wollen gegen den Missbrauch von Werkverträgen vorgehen, um Lohndumping durch den Einsatz von Fremdpersonal zu bekämpfen. //

Schlachtereien, Lebensmitteldiscounter und Paketzusteller – in zahlreichen Branchen nimmt die Zahl der Beschäftigten zu, die nicht der Stammbesellschaft angehören, sondern einen Arbeitsvertrag bei einer Drittfirmen besitzen. Werkverträge haben in unserer arbeitsteiligen Gesellschaft eine lange Tradition. Arbeitgeber nutzen sie allerdings zunehmend, um die Personalkosten zu senken: Gruppen von Arbeitnehmern oder Solo-(Schein)Selbstständige werden über Werkverträge in Unternehmen neben der eigentlichen Stammbesellschaft eingesetzt. Die Unternehmen gliedern teilweise ganze Betriebsteile aus.

„Für den Einsatz von Fremdpersonal, zum Beispiel als Leiharbeiter, gibt es gesetzliche Vorschriften, Tarifverträge oder Mindestlöhne, dies gibt es bei den Werkverträgen nicht“, erklärt Annelie Buntenbach aus dem DGB-Bundesvorstand. Die Löhne seien in einigen Unternehmen noch niedriger als in der Leiharbeit, die Erpressbarkeit der Betroffenen sehr hoch.

Missbrauch von Werkverträgen zur Kostensenkung

Die Folgen: Lohn- und Sozialdumping, mangelnder sozialer Schutz der Beschäftigten und die Umgehung der Mitbestimmung. Kaum ist die Leiharbeitsbranche durch europäische Vorgaben etwas besser reguliert und ein Mindestlohn für Leiharbeiter eingeführt, missbrauchen Arbeitgeber Werk-, Dienst-, oder Geschäftsbesorgungsverträge nicht nur als Instrument der Personalflexibilisierung, sondern vor allem zur Reduzierung von Lohnkosten.

„Die Würde vieler Menschen wird durch den Missbrauch auf dem Arbeitsmarkt mit Füßen getreten, von der Wertschätzung der Arbeit und der Wertschätzung der Menschen ganz zu schweigen“, sagt Josip Juratovic, der für die SPD-Fraktion im Ausschuss für Arbeit und Soziales sitzt.



In vielen Branchen werden Werkverträge genutzt, um Personalkosten zu senken.

Diesem Missbrauch muss begegnet werden. In einem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, dazu einen Gesetzentwurf vorzulegen. Dieser muss klare Kriterien zur Abgrenzung zwischen Leiharbeit und Werkverträgen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) beinhalten, die Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte für Fremdpersonal in den Unternehmen ausweiten und Sanktionen bei Missbrauch festschreiben.

Sanktionen verschärfen

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen in den gesetzlichen Regelungen klarer fassen, was ein echter und was ein Schein-Werkvertrag ist, und die Sanktionen bei falscher Etikettierung verschärfen. Auch Schein-Selbstständige sollen klarer definiert werden. Sofern kein eigenständiges Werk erstellt wird und das Werkvertragsunternehmen in den regulären Produktionsablauf eingebunden ist, handelt es sich um „Scheinwerkverträge“, die unterbunden werden müssen.

„Wir brauchen Regeln für einen fairen Wettbewerb, denn ohne Regeln – ob in

der Wirtschaft oder im Sport – gibt es Chaos“, macht Juratovic klar. Der SPD-Antrag gebe diese Regeln für einen fairen Wettbewerb vor, damit die Menschen in unserem reichen Land wieder Gerechtigkeit erfahren. ■

Termine

25.03. Ist Wohnen noch bezahlbar?, Ulm

25.03. „Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege“ – Geht das?, Köln

26.03. Gute Arbeit: Gerechte Löhne für alle!, Weinheim

26.03. Gute Pflege für alle, Appenweier

Weitere Termine:

www.spdfraktion.de
www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionschluss: 14. März 2013

Herstellung: NetworkMedia GmbH

Redaktion: Ralf Bergmann, Stefan Hintermeier, Dr. Alexander Linden, Anja Linnekugel, Gero Fischer

Texte und Layout: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– per Fax: 030/22756800